



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 30.11.2016, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

25 Jahre Schulkindbetreuung

Vorl.Nr. 415/16

Beratungsverlauf:

Herr **Wittmann** und Frau **Piepkorn** (Fachbereich Bildung und Familie) stellen anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Entwicklung der Schulkindbetreuung in Ludwigsburg in den letzten 25 Jahren vor.

Anschließend eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** sagt, dass die Schulkindbetreuung ein gutes Angebot an die Eltern sei, das sich weiterentwickelt habe und dies auch in den nächsten Jahren tun werde. Bei der künftigen Raumplanung müsse die Stadt deshalb auch die steigenden Zahlen der in der Schulkindbetreuung teilnehmenden Kinder mitberücksichtigen. Auch die notwendigen Mensakapazitäten müssten rechtzeitig geschaffen werden. Für Stadtrat Herrmann und die CDU-Fraktion sei es trotzdem besonders wichtig, dass die Eltern weiterhin die Wahlmöglichkeit haben und frei entscheiden können, ob sie die bestehenden Angebote in Anspruch nehmen möchten oder nicht. Schließlich befänden sich auch nicht alle Grundschul Kinder in einer Schulkindbetreuung, sondern etwa 70% von ihnen. Stadtrat Herrmann nimmt zudem Bezug auf die Anlage 6 der Vorl.Nr. 415/16, die insgesamt 169 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schulkindbetreuung aufführt. Er möchte wissen, wie viele Stellen genau durch die Mitarbeiter besetzt werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** erinnert daran, dass die Eltern in der Vergangenheit flexible Betreuungsangebote für Schulkinder verlangt hatten. Die Stadt als Schulträger habe rechtzeitig darauf reagiert. Es sei gut, dass für die Betreuungsangebote eine schöne und anregende Umgebung geschaffen sei, in der sich die Kinder wohl fühlen. Das entspreche dem Zug der Zeit.

Stadtrat **von Stackelberg** ist davon überzeugt, dass sich das Konzept der Schulkindbetreuung zu einem Erfolgsmodell etabliert und sich gleichzeitig dabei stark vereinfacht und vereinheitlicht habe. Die Herausforderungen bei zunehmenden Schülerzahlen seien in Bezug auf weiteres Personal, Räumlichkeiten, Mensa-Angebot usw. sehr groß. Das aktuelle Betreuungsangebot helfe vielen Familien bei der Alltagsbewältigung. Die SPD-Fraktion sehe jedoch mit Bedenken die damit verbundenen personellen Aufgaben, die bislang fast ausschließlich von der Stadt übernommen werden. Hier würde die Fraktion auch andere Träger gerne sehen. Darüber hinaus sehe die SPD-Fraktion die Entwicklung weiterer Grundschulen zu Ganztageschulen als eine wichtige anstehende Aufgabe an. Stadtrat von Stackelberg nimmt Bezug auf die Ferienbetreuung und fragt, in wie weit hier die Stadt in Konkurrenz zu privaten Trägern stehe. Er erkundigt sich auch zum aktuellen Stand beim Jugendbegleiterprogramm.

Stadträtin **Moersch** bemerkt, dass sich die Situation berufstätiger Mütter durch das Angebot der

Schulkindbetreuung merkbar verbessert habe. Die Mittagessenversorgung und die verschiedenen Angebote im Rahmen der Ferienbetreuung seien qualitativ und quantitativ sehr gut und würden von berufstätigen Eltern sehr rege genutzt. Diese finanzieren zwar mit ihrem Beitrag einen Teil des Angebots mit, aber zwei Drittel der Finanzierung werden nach wie vor überwiegend durch die Stadt geleistet. Als künftige Herausforderungen im Bereich der Schulkindbetreuung sieht Stadträtin Moersch die Schaffung neuer Räumlichkeiten und Mensen an. Diese seien selbstverständlich mit finanziellen Investitionen seitens der Stadt verbunden. Weitere Aufgaben sieht Stadträtin Moersch in der Personalentwicklung und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte sowie in der Einführung eines Qualitätsmanagements. Auch die Kooperation und Vernetzung der Schulkindbetreuung mit der Schulsozialarbeit sei ein wichtiger Entwicklungsschritt, der vollzogen werden müsse. Schließlich wachsen die Ansprüche der Eltern an die Schulkindbetreuung ständig. Letztere sei in Ludwigsburg sehr gut aufgestellt und ermögliche den Eltern volle Berufstätigkeit, wenn gewünscht. Stadträtin Moersch sieht die Weiterentwicklung der Betreuungsangebote nicht nur mit Herausforderungen verbunden, sondern auch mit Chancen. Chancen für die Kinder und ihre Eltern. Aus diesem Grund werde die Freie Wähler-Fraktion auch in der Zukunft Bemühungen in dieser Richtung positiv unterstützen.

Stadtrat **Heer** betont die positiven Auswirkungen der Schulkindbetreuung auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das gute Betreuungsangebot wirke sich auch auf die Attraktivität der Stadt für junge Familien aus, wie die Zuzugsstatistik bestätige. Aus diesen Gründen sei ein Ausbau gewünscht. Gleichzeitig ließen aber die Betreuungsangebote die Ausgaben der Stadt steigen. Hier sieht Stadtrat Heer eine stärkere Beteiligung des Landes als angemessen an.

Stadtrat **Kube** bringt die positive Entwicklung der Schulkindbetreuung mit einer kritischen sozialen Entwicklung in Zusammenhang: Immer mehr Familien seien nämlich darauf angewiesen, dass beide Elternteile arbeiten. Davon abgesehen sei das Angebot qualitativ sehr gut.

Nach der Stellungnahme der Fraktionen und Gruppen werden die gestellten Fragen beantwortet. Herr **Wittmann** nimmt zunächst Bezug auf die Frage von Stadtrat **Herrmann** zur konkreten Anzahl der Stellen, die sich hinter den 169 Beschäftigten verbergen. Er sagt, dass er in der heutigen Sitzung die Zahlen nicht parat habe, sie aber gerne recherchieren und nachreichen werde. Herr Wittmann macht klar, dass die Anzahl der Vollzeitäquivalente um ein Vielfaches geringer sei als die Anzahl der Beschäftigten.

Frau **Piepkorn** bezieht sich auf die Frage von Stadtrat **von Stackelberg** zur Ferienbetreuung und sagt, dass die Stadt ihr Angebot in diesem Bereich erweitert habe, um den Eltern mehr Verlässlichkeit anzubieten. Es gebe neben der Stadt auch verschiedene andere Träger, die Ferienbetreuung anbieten würden. Diese decke aber nicht unbedingt die von den Eltern gewünschten Zeiträume ab. Zum Jugendbegleiterprogramm sagt Frau Piepkorn, dieses habe sich parallel zum Ausbau der Schulkindbetreuung durch die Stadt entwickelt. Im vergangenen Jahr habe es beispielsweise 476 Angebote im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms in Schulen gegeben. Die Schulen nutzen gerne dieses Angebot als zusätzliche Förderung für die Kinder und als Ergänzung, um eine verlässliche Betreuung bis 17 Uhr zu gewährleisten.

Die Wortmeldung von Stadtrat **von Stackelberg** zum Anlass nehmend sagt Frau **Schmetz** (Fachbereich Bildung und Familie), dass eine Beteiligung anderer Träger an der Schulkindbetreuung nicht immer leicht sei. Vor dem Unterrichtsbeginn und während der Mittagspause gebe es lediglich ein sehr kleines Zeitfenster, in dem die Betreuung organisiert und bei Bedarf mit anderen Arbeitsbereichen kombiniert werden müsse. Das könnten in der Regel nur große Träger wie die Stadt bewältigen. Frau Schmetz glaubt nicht, dass es im Bereich der Schulkindbetreuung in absehbarer Zeit einen anderen Träger geben werde, der problemlos eine

Betreuung in 45 Minuten-Takten vormittags, vor dem Unterrichtsbeginn, und in der Mittagspause

TOP 1

25 Jahre Schulkindbetreuung

Vorl.Nr. 415/16

leisten könnte. Dagegen seien die zwei bis drei Stunden Betreuung am Stück nach dem Unterricht für die Organisation des Personals kein Problem.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 2

Erfahrungsbericht Flüchtlingsarbeit

Vorl.Nr. 438/16

Beratungsverlauf:

Frau **Dietz** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Arbeit des Kompetenzteams Flüchtlingsarbeit vor. Anschließend informiert Herr **Burtchen** (Fachbereich Bildung und Familie) anhand einer Präsentation über das Projekt Connect Ludwigsburg und das Integrationsprojekt der Allianz Umweltstiftung, die sich an junge erwachsene Geflüchtete wenden. Auch diese Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Nach Aussage von Stadträtin **Dr. Traub** werde im interdisziplinären Kompetenzteam Flüchtlingsarbeit auch der breite Bedarf gespiegelt, der bei den Geflüchteten bestehe. Obwohl aktuell weniger Flüchtlinge kommen, habe sich die Anzahl der Anschlussunterbringungen erhöht. Die Mehrheit der Geflüchteten, die in die Anschlussunterbringung käme, seien Menschen mit guten Bleibeperspektiven. Auch aus diesem Grund sei eine kompetente soziale Betreuung notwendig, um die Integration zu erleichtern. Stadträtin Dr. Traub lobt das Projekt HelpTo und das Engagement der Stadt Ludwigsburg bei der beruflichen Integration der Geflüchteten. Bei dieser Gelegenheit bedankt sie sich auch bei den vielen ehrenamtlichen Helfern, die bei der Flüchtlingsarbeit aktiv geworden sind.

Stadtrat **Kasdorf** sieht eine Verlagerung der Herausforderungen im Bereich der Flüchtlingsarbeit. Sei noch bis vor kurzem die Erstunterbringung die wichtigste Aufgabe, so rückten jetzt die Anschlussunterbringung und die Beschäftigung in den Mittelpunkt. Die Grünen-Fraktion bevorzuge eine dezentrale Unterbringung. Allerdings würden viele Bürgerinnen und Bürger angesichts sinkender Flüchtlingszahlen fragen, ob der Bedarf zum Bau zusätzlicher Unterkünfte noch vorhanden sei. Hier sollte die Stadt aufklärend wirken. Zudem vermisst Stadtrat Kasdorf in dem Bericht eine Aussage darüber, ob die lokale Wirtschaft Zugeständnisse zur Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen gemacht habe.

Stadtrat **Daferner** sieht es weiterhin als Aufgabe der Stadt an, integrativ und weiter vernetzt zu denken und zu handeln, um die Geflüchteten zu integrieren. Dabei sei auch die Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort besonders wichtig. Die Flüchtlingsarbeit könne nur dann gut gelingen, wenn Information und Kommunikation zu dieser Thematik in guter Form an die Bevölkerung weitergetragen werde. Andernfalls laufe man Gefahr, dass Populisten dagegen arbeiten.

Stadtrat **Weiss** hält es für notwendig, bei der Flüchtlingsarbeit verbindliche Indikatoren zu setzen, was, wie und bis wann realisiert werden müsse und wo dabei Erfolge registriert werden sollten. Zudem sollten sich seiner Meinung nach die Unternehmen dazu äußern, ob sie bei den Geflüchteten geeignete Ausbildungskandidaten und arbeitsfähige Kräfte sehen.

Nach Ansicht von Stadtrat **Heer** liege eine wichtige Aufgabe darin, insbesondere junge Geflüchtete in die Lage zu versetzen hier zu arbeiten, sich zu bilden oder weiterzubilden und letztlich sich zu integrieren.

Stadtrat **Kube** vertritt die Meinung, dass die Koordination der Flüchtlingsarbeit in der Stadt sich mittlerweile verbessert habe.

Nach der Aussprache wird ein Kurzfilm über ein gemeinsames Projekt der Stadt Ludwigsburg mit der Allianz Umweltstiftung zur Integration von Flüchtlingen durch Beschäftigung im Bereich der Grünpflege gezeigt.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 2.1

Flächen für Asylunterkünfte, Flächen für den Wohnungsbau
- Antrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 12.11.2015

Vorl.Nr. 482/15

Beratungsverlauf:

Der Antrag Vorl.Nr. 438/16 bleibt auch nach dem Erfahrungsbericht zur Flüchtlingsarbeit bestehen.

TOP 3

Unbegleitete minderjährige Ausländer
- Unterbringungskonzept des Landkreises
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Stäb** (Leiter des Fachbereichs Jugendhilfe und Soziale Dienste, Landkreis Ludwigsburg) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, das Unterbringungskonzept des Landkreises für unbegleitete, minderjährige Ausländer vor.

Anschließend präsentiert Herr **Moos** (Koordination Kinderschutz, Landkreis Ludwigsburg) das angedachte Konzept für die Unterkunft in der Strombergstraße, die vom Landkreis Ludwigsburg getragen und unter der Überschrift „Jugendwohnheim“ laufen werde. Das Angebot richte sich an männliche, unbegleitete Jugendliche ab 16 Jahre. Herr Moos betont, dass die hier geleistete Jugendhilfe nicht zwingend nach der Vollendung des 18. Jahres ende, sondern bei Bedarf fortgeführt werde. Der Landkreis stelle sich darauf ein, flexibel auf die Bedarfe zu reagieren. Das Vorhandensein einer gewissen Selbständigkeit werde Voraussetzung für die Aufnahme der Jugendlichen in die Unterkunft sein. Zudem müssen sie sich in einer tagesstrukturierenden Maßnahme befinden (Sprachkurs, Berufsausbildung etc.). Als Ziele der Betreuung nennt Herr Moos die Förderung der schulischen und beruflichen Aktivitäten der Jugendlichen und die Entwicklung sozialer Kompetenzen. Zudem soll Hilfe bei der Persönlichkeitsentwicklung geleistet werden, beispielsweise durch Vermittlung demokratischer Grundwerte oder das Erlernen von Konfliktbewältigungsstrategien.

Ein großes Ziel der Betreuung sei auch, den Jugendlichen bei der eigenständigen Lebensplanung, bei der realistischen Selbsteinschätzung und bei der Verbesserung der Handlungsfähigkeit im Alltag zu unterstützen. Dabei werde der Landkreis im Rahmen einer Bezugsbetreuung arbeiten und jedem Jugendlichen eine feste Bezugsperson, die ihn betreut und begleitet, zur Seite stellen. Die Betreuung werde rund um die Uhr sichergestellt. Herr Moos sagt, dass Betreuer und Jugendliche sich der Nachbarschaft vorstellen werden, damit ein besseres Verhältnis auf beiden Seiten entstehe.

Nach den Berichten eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadtrat **Herrmann** bezeichnet die geleistete Arbeit als schwierig, aber sehr wichtig. Denn es stelle sich die Frage, wie unbegleitete, minderjährige Ausländer möglichst rasch in ihr neues Umfeld integriert werden können. Positiv überrascht ist Stadtrat Herrmann vom Engagement der Gastfamilien. Er fragt, welche Erfahrungen der Landkreis mit der Vermittlung dieser Zielgruppe in Arbeitsgelegenheiten (vorausgesetzt es liegen Sprachkenntnisse vor) gemacht habe. Stadtrat Herrmann bemerkt, dass sich die Unterkunft in der Strombergstraße am Rande der Stadt befinde.

Stadtrat **Kasdorf** möchte wissen, ob die Größe der Unterkunft in der Strombergstraße ähnlich sei, wie die Größe anderer Unterkünfte dieser Art. Es interessiert ihn auch, wann der Einzug erfolgen soll. Zudem erkundigt er sich über den genauen Betreuungsschlüssel und fragt, wie die Schulpflicht bei Jugendlichen unter 18 Jahre gewährleistet werden könne. Stadtrat Kasdorf empfiehlt den Mitarbeitern des Landkreises auf den Bürgerverein Weststadt/Pflugfelden zuzugehen und dort nachzufragen, ob dieser sich einbringen möchte und könne.

Auch Stadtrat **Daferner** interessieren die Themen Schulpflicht, Betreuungsschlüssel, Sprachhilfe und Arbeitsmöglichkeiten. Er fragt, wie sich der Landkreis bei diesem Projekt die Vernetzung mit der Stadt vorstelle und welche Rolle dabei das ehrenamtliche Engagement spielen solle. Zudem möchte er wissen, welchen Aufenthaltstitel die Jugendlichen besitzen.

Stadtrat **Weiss** fragt, was passieren werde, wenn die Jugendlichen hier langfristig bleiben dürfen und ihre Familien nachholen. Auch die Vermittlung in ein Arbeitsverhältnis, insbesondere in der freien Wirtschaft, sei sehr wichtig. Auch Stadtrat Weiss erwähnt die Randlage der Unterkunft. Hier müsse die Betreuung auch aus diesem Grund intensiv sein, damit sich nicht ein sozialer Brennpunkt entwickle.

Stadtrat **Heer** sieht es als notwendig an, die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Vorhaben mit zu nehmen.

Zum angesprochenen Thema „Beschäftigung“ sagt Herr **Stüb**, man habe von Anfang an versucht, eine Tagesstruktur für die Jugendlichen zu ermöglichen, sei es durch den Besuch einer Schule oder durch den Besuch von Sprachkursen. Dies sei auch gut gelungen. Herr Stüb betont, dass die Sprachkenntnis sowohl für die Ausbildung als auch für die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit sehr wichtig sei.

Herr **Moos** ergänzt, dass die Jugendlichen unterschiedliche Vorkenntnisse und Geschwindigkeiten beim Sprachenlernen haben. Der Landkreis kooperiere mit verschiedenen Betrieben vor Ort, wo die Jugendlichen Praktika, zum Teil auch ohne Sprachkenntnisse, absolvieren können.

Zur Vernetzung sagt Herr **Stüb**, diese sei ein wesentliches Qualitätsmerkmal der Angebote des Landkreises für unbegleitete minderjährige Ausländer. Man bemühe sich intensiv darum,

vorliegenden Förderantrag für das Tragwerk e.V. Bei der Zukunftskonferenz 2015 sei „Inklusion“ eines der Hauptthemen gewesen. Alle Beteiligte seien sich damals einig gewesen, dass sich die Stadt Ludwigsburg des Themas annehmen müsse. Als Konsequenz sei der Masterplan „Zusammenleben von Generationen und Kulturen“ um das neue strategische Ziel „Inklusion wird in Ludwigsburg aktiv gelebt“ erweitert worden. Hierzu gehöre eine Vielzahl von Maßnahmen. Diese seien allerdings bisher weder mit Zeitzielen noch mit Ressourcen verbunden. Die Zuständigkeit für den Masterplan liege beim Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales. Dort werde das Thema mit einer 20%-Stelle bearbeitet. Ein Budget hierfür sei nicht vorhanden. Mit der vorgeschlagenen Förderung des Netzwerks Inklusion und der beiden Cafés könne das Ziel „Inklusion wird in Ludwigsburg aktiv gelebt“ weiter vorangebracht werden. Tragwerk übernehme dabei einen wichtigen Part. Gemeinsam mit dem Netzwerk können Aktivitäten vorangebracht und gebündelt werden. Die Verwaltung schlage deshalb vor, den Verein Tragwerk für diese Aufgaben ab dem Jahr 2017 zunächst befristet für drei Jahre mit jährlich 36.000 Euro zu fördern.

Stadtrat **Meyer** äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum vorgeschlagenen Beschluss. Er bemerkt zudem, dass es im Ehrenamt oft neue Visionen und Ideen gebe, aber durchaus auch Dopplungen. Deshalb sieht es Stadtrat Meyer als angemessen an, dass die Verwaltung sämtliche ehrenamtliche Projekte auch im Vergleich zu anderen gleichartigen Angeboten bewertet und somit für Transparenz sorgt.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stadtrat **Daferner** die Zustimmung der SPD-Fraktion zum vorgeschlagenen Beschluss.

Stadtrat **Dengel** stimmt im Namen der Freie Wähler-Fraktion dem Förderantrag zu. Zugleich weist er darauf hin, dass in dem Förderantrag des Vereins Tragwerk auch die Förderung und der Ausbau von Stressbewältigungskonzepten an Schulen erwähnt werde. Solche Konzepte sieht Stadtrat Dengel als Aufgabe der Schulen und nicht der Stadtverwaltung an.

Stadtrat **Heer** stimmt dem Förderantrag im Namen der FDP und Stadtrat **Kube** im Namen der ÖkoLinX zu.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** möchte wissen, woher genau die 36.000 Euro, die Tragwerk e.V. als Förderung erhalten soll, stammen.

Herr **Henning** erklärt, dass der Vertrag mit dem Deutschen Roten Kreuz, das im Rahmen der gemeinwesenorientierte Sozialarbeit ein Stadtteilbüro in den Räumen des Mehrgenerationenhauses in Grünbühl-Sonnenberg unterhält, zum Ende des Jahres 2016 auslaufe und nicht verlängert werden solle. Die Stadtverwaltung möchte eine 50%-Stelle ausschreiben und nach einem geeigneten Träger aus Ludwigsburg suchen, der die bisherigen Aufgaben des DRK übernehmen werde. Die Stellenreduzierung von 100% auf 50% werde dadurch ausgeglichen, dass die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH selbst eine/en Sozialarbeiter/in einstellen werde, um die Bewohnerinnen und Bewohner der ehemaligen BlmA-Wohnungen bei ihrem Umzug und bei Fragen zum Wohngeld besser zu beraten. Durch die Reduzierung sollen Dopplungen bei der Sozialberatung vermieden und Kosten in Höhe von 36.000 Euro eingespart werden, welche nun zur Förderung des Vereins Tragwerk e.V. und zum Ausbau des Netzwerks Inklusion verwendet werden können.

Beschluss:

Die Stiftung INVITARE erhält für das Jahr 2017 eine einmalige Förderung in Höhe von 20.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Haller

Befangen: Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

Einführend sagt EBM **Seigfried**, dass der Stiftung INVITARE mit einem allgemeinen einmaligen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro ermöglicht werden soll, die Konsolidierung ihrer Aufgaben und deren Finanzierung weiter voranzubringen. Ferner soll die Stiftung auf eine sichere Basis gestellt werden. Angesichts des hohen Defizits bei den laufenden Aufgaben dürfte dies aber nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte in die jeweiligen Bereiche gelingen. Der Landkreis habe beschlossen, die Stiftung INVITARE mit einem Beitrag in Höhe von 30.000 Euro zu fördern. Der Zuschuss sei mit der Forderung verbunden worden, der Stadtverwaltung zeitnah einen mittelfristigen Konsolidierungsplan vorzulegen.

Nach Eröffnung der Aussprache sagt Stadtrat **Herrmann**, dass die Stiftung INVITARE in den letzten 18 Jahren gute und nachhaltige Arbeit geleistet habe ohne öffentliche Förderung zu erhalten. Die jetzt aufgetretenen Schwierigkeiten würde er nicht als finanzielle Schieflage bezeichnen, sondern als Kraft des Faktischen. Aus den bisherigen drei Finanzierungsmöglichkeiten, nämlich Stiftungskapital, laufende Spenden und Einzelspenden zuzüglich der Bußgelder, können die notwendigen Beträge nicht mehr problemfrei zustande kommen. Stadtrat Herrmann betont, dass in der Stiftungsarbeit auch sehr viel ehrenamtliches Engagement stecke. Die CDU-Fraktion werde dem Förderantrag zustimmen, weil sie das Angebot von INVITARE als wichtigen Baustein der sozialen Infrastruktur in der Stadt erachte. Dennoch habe die Fraktion bei Gesprächen mit den Verantwortlichen der Stiftung angeregt, dass diese ihre Zusammenarbeit mit anderen Trägern, die ähnliche Angebote haben, verstärken soll. Es sei zudem zu überlegen, ob in den diversen Bereichen, in denen die Stiftung aktiv sei (Beratung und Begleitung, Prävention und Bildung, Notunterbringung, das Angebot 60Plus oder der INVITARE-Laden) etwas verändert werden könnte, um die dauerhafte Kernaufgabe „Beratung und Begleitung“ zu stärken.

Nach Ansicht von Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sind hier im Laufe der Zeit Doppelstrukturen aufgebaut worden, die Geld verschlingen. Hinzu komme die Tatsache, dass in letzter Zeit wenig Buß- und Zinsgelder in die Kassen der Stiftung geflossen seien. Davon abgesehen hätten aber die Stiftungsräte die Pflicht gehabt, rechtzeitig einzugreifen und auf die absehbaren Entwicklungen zu reagieren. Dennoch möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Förderantrag zustimmen.

Stadtrat **Daferner** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion. Auch er sieht die aktuelle Situation der Stiftung nicht als selbstverschuldet an. Er lobt den Einsatz der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter von INVITARE, betont aber auch, dass die Stiftung ihre Arbeit mit anderen Organisationen, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen, vernetzen sollte.

Stadtrat **Weiss** stimmt dem Förderantrag im Namen der Freie Wähler-Fraktion zu. Er sieht es jedoch als notwendig an, dass die Stiftung mittelfristig einen Konsolidierungsplan vorlegt. Daraus soll ersichtlich werden, ob öffentliche Zuschüsse weiterhin gewährleistet werden können und wenn ja, in welchem Umfang. Auch Stadtrat Weiss vertritt die Meinung, dass einige Aufgaben der Stiftung von anderen Trägern übernommen werden können.

Stadtrat **Heer** lobt die vielfältigen Angebote der Stiftung INVITARE. Seiner Meinung nach müsse aber im Laufe des Jahres 2017 erneut darüber beraten werden, wie es mit der Stiftung weitergehen soll. Er bittet zudem die Verwaltung, Informationen diesbezüglich den Gemeinderatsmitgliedern zukommen zu lassen.

Nach der Aussprache lässt EBM **Seigfried** über die Vorl.Nr. 436/16 abstimmen.

Stadträtin **Moersch** ist als Mitglied im Stiftungsrat von INVITARE befangen und nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.